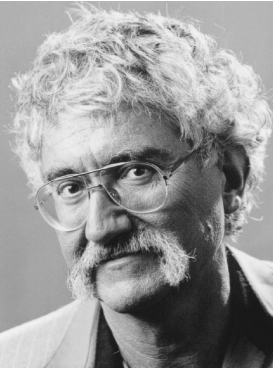


HELMUT THIELEN

Leonardo Boff und Tarso Genro – kreative Denker auf der Seite der Linken in Brasilien



Helmut Thielen – Jg. 1941, Dr., seit 1999 lehrt er an der UNISINOS, einer Universität des Ordens der Jesuiten, in São Leopoldo, Rio Grande do Sul, Soziologie und Nachhaltige Entwicklung und forscht über ausgewählte Theoriemodelle zum Verhältnis Gesellschaft – Natur. Jüngste Publikation »Die Wüste lebt: Jenseits von Kapital und Staat« (2000) veröffentlicht. Anschrift: Prof. Dr. Helmut Thielen, Universidade do Vale do Rio dos Sinos, UNISINOS, Centro de Ciências Humanas, Avenida Unisinos 950, 93022 – 000 SÃO LEOPOLDO, RS., Brasil. Fone: 0055 51 590 81 11. Fax: 0055 51 590 81 12. E-mail: helmut@poa.unisinos.br. Foto: privat

Die Konzeptionen von *Boff* und *Genro* können und müssen als Elemente im Prozeß der Konstituierung eines neuartigen revolutionären Prozesses – eines Prozesses der Gründungen – verstanden werden. Unter unseren teilnehmenden Augen hat er schon begonnen, seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Er ist für jede und jeden von uns offen.

Neu, wenigstens relativ, sind die Subjekte, die Aktionsformen und die Formulierung der Ziele. Geschichtsphilosophisch betrachtet, sind ihnen ein anarchistisches und ein messianisches Moment eigen. Anarchistisch ist die Taktik der »Direkten Aktion«, verbunden, bei vielen, mit der Perspektive einer kommunitären oder anarcho-kommunistischen Gesellschaft; messianisch ist der Wille, schon heute Zellen und Bereiche einer sozialistischen Gesellschaft zu schaffen, statt das in eine ferne Zukunft zu verschieben und darüber ideologisch hinwegzutrusten.¹

Der portugiesische Soziologe *Boaventura de Sousa Santos*² hat kürzlich auf einige wesentliche Charakteristika dieses neuen Prozesses aufmerksam gemacht.

Die Kämpfe in Prag und anderswo, so *de Sousa Santos*, richten sich gegen die zerstörerische Globalisierung, die mit Hilfe einer korrupten Politik durch die internationalen Kapitale und in deren Interesse auf den Weg gebracht wird. Aber es sind auch Kämpfe »für eine alternative Globalisierung (...) die der Weltbevölkerung im ganzen ein Leben in Würde ermöglichte. (...) Der Erfolg der Kämpfe muß gemessen werden gemäß den vier Dimensionen des politischen Entscheidungsprozesses. Das sind, in der Reihenfolge ihrer wachsenden Wirksamkeit, die Bestimmung der Themen der politischen Diskussion; die Veränderung der Inhalte der Rhetorik der politischen Entscheidungsträger; Veränderungen in den Institutionen; schließlich wirksame Veränderungen des Handelns selbst.«

Was die beiden ersten Punkte angeht, war der Protest schon erfolgreich. »Wenn heute die Probleme der Armut, des Hungers, der wachsenden Ungleichheit zwischen Armen und Reichen und des Erlasses der Schulden für die ärmsten Länder auf der politischen Tagesordnung stehen, so verdankt sich dies in hohem Maße der internationalen demokratischen Bewegung.« Und *de Sousa Santos* bekräftigt seine Einschätzung mit dem Hinweis auf Äußerungen aus prominentem Munde: zum Beispiel aus dem des derzeitigen Weltbankpräsidenten *Köhler* in Prag (»Wenn 20 Prozent der Reichsten 80 Prozent des Welteinkommens konzentrieren und die Welt sich auf den

1 »Anarchie« wird hier als authentische Freiheit, »Kommunismus« als Gerechtigkeit übersetzt. Beide können

sozialen Kollaps zubewegt, dann ist etwas falsch«), und aus dem des früheren Chefökonom der Weltbank, *Joseph Stiglitz*, der die Diktate des Internationalen Währungsfonds (IWF) als »Mythen ohne solides Fundament« bezeichnet hat und die Ökonomen des IWF für »nicht hinreichend qualifiziert« hält. Dafür sei (nach *Stiglitz*) der Finanzminister der USA *Lerry Summers* ein Beispiel; er habe kürzlich erklärt, Afrika sei »in hohem Maße unterverschmutzt«, daß seine Arbeiter Niedriglöhne bezögen, erkläre sich aus ihrem geringen Wert, der es wiederum »ökonomisch sinnvoll« erscheinen lasse, daß die Afrikaner ein höheres Maß an Verschmutzung ertragen – das heißt, den meist hochgiftigen Industriemüll der reichen Länder aufnehmen. Aber das zeigt schließlich auch ein interner Bericht des IWF selbst. Demzufolge hätte der größte Teil der 140 willkürlichen Empfehlungen des Fonds für die Erholung der indonesischen Wirtschaft Ende der neunziger Jahre das Land an den Rand des Ruins gebracht. »Es kann kein neues Indonesien mehr geben«, habe daher kürzlich ein Direktor des Fonds geäußert. Obgleich das alles Leid und Zerstörung über Millionen von Menschen gebracht habe, sei, so *de Sousa Santos*, noch niemand auf den Gedanken gekommen, den IWF dafür zur Verantwortung zu ziehen und zu Schadenersatz zu verurteilen.

Daraus leitet er die Konsequenzen für die notwendigen Kämpfe ab. »Nach Seattle, Washington, Montreal, Genf und Prag ist klar geworden, daß sich die demokratische Bewegung, will sie Erfolg haben, auf verschiedenen Ebenen organisieren muß – lokal, national und global – und Zusammenhänge herstellen, in denen sich diese Ebenen wechselseitig fördern.« Diese Vernetzung hat schon begonnen. »Denn die große Mehrheit der verschiedenen Gruppen und Bewegungen, die in Prag waren, ist in lokalen Kämpfen verankert, in Städten und Dörfern, verstreut über die ganze Welt.« »In diesem Zusammenhang haben die letzten Kommunalwahlen in *Brasilien* eine Bedeutung, die über den lokalen Rahmen hinausgeht. Der Sieg linker Kandidaten, die die partizipatorische Demokratie verwirklichen werden, *das Modell von Porto Alegre*, ist heute eine wesentliche Bedingung für die Stärkung der internationalen demokratischen Bewegung. (...) Dazu haben am 29. Oktober 2000 die Brasilianer in Städten wie São Paulo, Porto Alegre, Curitiba, Belo Horizonte, Recife, Goiânia, Belem, Fortaleza, Campinas, Santos, Olinda, Diadema, Pelotas, Canoas, Caxias do Sul und Londrina ihren Beitrag geleistet.«

Es sind genau 47 Prozent der Städte über 200.000 Einwohner, die von linken Bündnissen »erobert« wurden, unter ihnen die Hauptstädte von sechs Staaten – allein in Rio Grande do Sul, dem gewichtigsten Entwicklungspol des brasilianischen Sozialismus als direkte Demokratie, sind es 35 Städte, die ab dem 1. Januar 2001 sozialistisch regiert werden. Das Ziel heißt: Abschaffung der Korruption und Erhebung der Steuern, die gesetzlich vorgeschrieben sind. Es geht sowohl um den Abbau der Verschuldung als auch um die Bereitstellung von zunächst bescheidenen Mitteln für selektive Wirtschaftsförderung, für Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Gesundheit, für ökologische Sanierung und Entwicklung.

In diesem Zusammenhang sind die Überlegungen von *Boff* und *Genro* alles andere als reine Theorie. Sie nehmen praktische Erfahrungen – *Genro* war langjährig Präfekt von Porto Alegre und ist neu

und dürfen bloß Instrumente sein für Leben und Glück – unterschieden von defaitistischer »Bescheidenheit«, die ständig davon redet, es ginge bloß ums Überleben, und die eben darum keine Chance hat, noch nicht einmal fürs Überleben, von Leben in Glück ganz zu schweigen.

2 *Boaventura de Sousa Santos* lehrt an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Universität von Coimbra, Portugal.

gewählt worden – und Gedanken auf, reflektieren sie und geben die Ergebnisse an die betreffenden gesellschaftlichen und politischen Bereiche weiter. Ihre Analysen und Reflexionen können auch verstanden werden als Versuch, die heutige Bedeutung des Marxschen Diktums (aus seinem Schlüsseltext »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung«) zu klären: Es muß sich nicht nur der Gedanke zur Praxis, sondern auch die Praxis sich zum Gedanken drängen. Wer könnte also das neue Subjekt sein und wie wäre seine Strategie?

Der Theologe, Philosoph und Ökologe Leonardo Boff

Leonardo Boff, Freund und intellektueller Anreger der brasilianischen Linken seit Jahrzehnten, hat in den neunziger Jahren eine soziale Ökologie entworfen, die die Kämpfe für die Würde des Menschen und für diejenige der Natur miteinander verbindet.

In »Nach 500 Jahren: Welches Brasilien wollen wir?«³ stellt *Boff* seine konkrete Utopie vor. Er beginnt mit einer historischen Aktualisierung der Invasions- und Ausbeutungsgeschichte Brasiliens.

Die portugiesische Invasion und Kolonisierung im 16. Jahrhundert war die *erste* traumatische Zäsur. Der Ethnozid an den Indígenas und die Verschleppung der Afrikaner als Sklaven für die neue Welt haben eine allgemeine Mentalität der Unterwerfung und Unterwürfigkeit, des Paternalismus und die alltägliche Verbreitung der Gewalt hervorgebracht.

Den *zweiten* Einschnitt bildete die *deutsche und italienische Kolonisierung* im 19. Jahrhundert. Damals kamen Arme, die die Umwälzung der kapitalistischen Industrialisierung zur Auswanderung getrieben hatte. Für die Gruppen die »schon da waren«, Arme portugiesischer Abstammung, Reste der Indio-völker, Afrobrasilianer, waren sie nun die neuen Eroberer. Im Süden schufen sie Zonen der wirtschaftlichen Prosperität, im Gegensatz zum »portugiesischen« Latifundium, das wenig produktiv ist.

Die »*dritte Invasion*« war eine *konservative Modernisierung und Industrialisierung* seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts. Sie gipfelte in den von Militärdiktaturen inszenierten ehrgeizigen Projekten der Ressourcenplünderung zum Zwecke der »Industrialisierung« in den sechziger bis achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Die Projekte der Militärs verstärkten noch die abhängige Teilintegration in den Weltmarkt über den Export von Rohstoffen, landwirtschaftlichen Gütern und nur wenigen Industrieprodukten sowie den Import von industriellen Fertigwaren und Technologien. Dieses »Entwicklungsmodell« mündete in »die verlorenen achtziger Jahre«. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts setzte mit einer radikal neoliberalen Wirtschaftspolitik⁴ eine weitere Phase der Stagnation ein, die in der Rezession von 1997 und 1998 gipfelte.

Die »*vierte Invasion*« war diejenige dieses *neoliberalen Kapitalismus* mit seinen, die ökonomische und soziale Binnenstruktur nachhaltig schädigenden Effekten – vor allem dem sprunghaften Anstieg der Verschuldung und damit des Kapitalexports im Interesse der Verwertungsansprüche vor allem des internationalen Finanzkapitals (Brasilien exportierte zwischen 1980 und 1990 200 Milliarden US-

3 Leonardo Boff: Que Brasil queremos? (Nach 500 Jahren: Welches Brasilien wollen wir?), Editora Vozes, Petrópolis 2000.

4 Unter Neoliberalismus wird hier die Wirtschaftspolitik verstanden, in der sich eine neue Formation des Kapitalismus ausdrückt, die sich seit 20 bis 25 Jahren weltweit durchsetzt. Diese ging von den wachsenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals am Ende der »fordistischen« Phase aus (vgl. dazu insbesondere die Arbeiten von *Joachim Hirsch* aus den neunziger Jahren). In den Jahren von *Reagan, Thatcher oder Kohl* sollten alle Rahmenbedingungen und Regulierungen aufgelöst werden, die der Kapitalakkumulation noch Grenzen gesetzt hatten. Der Staatsverbrauch, vor allem soziale Ausgaben, sollten gesenkt und eine (verschuldungsfinanzierte) Wirtschaftspolitik ins Werk gesetzt werden. Freilich war die Praxis, vor allem in den USA, extrem inkonsequent: ein schwacher sozialer wurde durch einen starken Militärkeynesianismus ersetzt: die betriebswirtschaftlich so lukrativen wie menschlich so paranoiden und perversen Aufrüstungsprogramme, mit denen die Reagan-Regierung begonnen hatte, die Realität am Maße von Star-Wars-Fiction umzumodeln.

Dollar). Mit der Durchsetzung des sogenannten Washington Consensus (1990), das heißt dem vor allem durch den IWF und die G 7 bestimmten Design neoliberaler Politik, nahmen Verarmung, schreiende soziale Ungerechtigkeit noch zu, aber auch die sozialen Kämpfe.

Einem Bericht der Weltbank von 1999 zufolge verfügen in Brasilien die reichsten zehn Prozent über 48 Prozent der Einkommen, die ärmsten 20 Prozent jedoch nur über zwei Prozent. Das Land, wegen seines Reichtums an Naturgütern und kreativen, gut ausgebildeten Menschen ein potentiell Paradies, steht sozial gesehen auf einer Stufe mit Guatemala und Honduras oder mit Sierra Leone in Afrika. Von den zirka 120 Millionen Einwohnern leben 70 bis 80 Millionen in Armut und Elend; viele von ihnen sind faktisch »überflüssig«. Aber nur 10 bis 15 Prozent haben denselben Lebensstandard wie die Eliten in den metropolitanen Zentren.

Das autoritäre, militaristische, feudale, antidemokratische Erbe und das Elend, auch das kulturelle, haben die schon angesprochene Mentalität der Unterwürfigkeit und der vorschnellen Kompromisse und Harmonisierungen hervorgebracht, die die Herausbildung einer Zivilgesellschaft, die diesen Namen verdiente, weil sie bewußt, organisiert und aktiv wäre als Trägerin von »Staatsbürgerlichkeit« (Cidadania), die Ökonomie und Politik radikal demokratisierte und effektiv kontrollierte, sehr erschwert. Das wird durch eine Aussage der gemäßigt linken Philosophin *Marilena Chaui* von der (staatlichen) Universidade de São Paulo unterstrichen. »Die brasilianische Gesellschaft ist eine autoritäre, gewalttätige Gesellschaft, sie hat eine Ökonomie, welche Natur und Menschen schädigt und lebt gleichsam ganz natürlich mit der Ungerechtigkeit, der Ungleichheit, der Abwesenheit von Freiheit und mit erschreckenden Indices der verschiedenen informellen und institutionalisierten Formen der physischen und psychischen Auslöschung und der sozialen, politischen und kulturellen Ausschließung.«⁵

Nach den Invasionen und ihren Folgen charakterisiert *Leonardo Boff* die politische Bedeutung der verschiedenen Kulturen Brasiliens. Er identifiziert:

Eine *Kultur der Herrschaft* – die von allem fasziniert ist, was aus den weltkapitalistischen Zentren kommt und »schämt sich unserer Sprache und Kultur, vor allem derjenigen des Volkes«. Ganz besonders »fürchtet und verachtet sie die Arbeit als eine Art Folter, etwas für Arme, Schwarze.«

Ferner eine *Kultur der Mimesis* – die an die Stelle autochthoner Kreativität unterwürfige Nachahmung setzt. »Sie denkt nicht mit dem eigenen Kopf, sondern mit dem der Anderen ... Sie ignoriert die Möglichkeiten der eigenen Sprache, die Komplexität der eigenen Geschichte und die Kreativität des eigenen Volkes. Orlando und Miami sind ihr Mekka, von dem sie ihre literarischen und philosophischen Moden und konsumptiven Lebensstile bezieht.«

Die *Kultur des Widerstandes* – die »die Kraft der Ausgeschlossenen, der ausgebeuteten Arbeiter, der Indigenen, Schwarzen, Frauen und sozialen Bewegungen« ausdrückt, die sich der Herrschaft entgegenstellen. Sie ist »ein Kräfte-reservoir für das Werden eines freien Volkes.«

5 Marilena Chaui: 500 anos de política e de cultura no Brasil (500 Jahre Politik und Kultur in Brasilien), in: Revista Crítica das Ciências Sociais, No. 38, São Paulo 1993, S. 51f.

Und schließlich eine *Kultur der Befreiung* – die »mit der erzwungenen Anpassung (bricht) und ... noch über den Widerstand hinaus(geht). (...) Ihr Aufbruch und ihre schöpferische Entwicklung begann in den sechziger Jahren mit MPB – der Musica Popular Brasileira –, dem Cinema Novo, der Arte de Vanguarda, der Pedagogia dos Oprimidos, der Studentenbewegung und den Anfängen der Teologia de la Libertação.«

Die neunziger Jahre, das ist dem Optimisten *Boff* jedoch entgegenzuhalten, haben, zumindest zunächst einmal, einen schweren Rückschlag gebracht, was die Kulturen des Widerstandes und der Befreiung angeht. Die neoliberale Ausplünderung war begleitet von einer Invasion US-amerikanischer Konsumkultur und Mentalitätsnachahmung und der englischen Sprache als Symbol der bereitwilligen Unterwerfung. Der neue Gegner – das mundialisierte Kapital und die zivile Diktatur – sind unsichtbar und raffiniert im Verhältnis zur sichtbaren Rohheit der Militärdiktatur. Aber es gibt beispielsweise die Kontinuität der Folter in Brasilien. Und die Kontrolle von Emotion und Bewußtsein durch das kommerzielle Fernsehen – allen voran die Produkte des Medienmultis *Globo* – hat sich stetig ausgeweitet, besonders in den Unterschichten. An die Umsatzzahlen etwa von *Michael Jackson* oder *Madonna* in Brasilien kommen die Großen der MPB, beispielsweise *Maria Bethania*, *Caetano Veloso* oder *Chico Buarque*, nicht heran. Hinzu kommt, daß diese sich (bis auf *Chico*) nach dem Fall der unmittelbaren Repression mit dem Kapital und der politischen Klasse arrangiert, das heißt, sich entpolitisiert haben.

Aber das sich in Wellen vollziehende Anwachsen der sozialen Bewegungen und ihrer Aktionen in den letzten Jahren und ganz besonders in 2000 zeigen, daß auf jeden Fall der Faden schon zu reißen begonnen hat zwischen der kulturindustriellen Kolonisierung der Mentalitäten einerseits und andererseits den erbärmlichen ökonomischen und sozialen Erfahrungen, die ein wachsender Teil der Brasilianerinnen und Brasilianer macht. Ihre Domestizierung und Konditionierung geht zurück. Die Transformation ihrer Kräfte in Energien des Widerstandes und der Befreiung ist im Wachsen begriffen.

Die intellektuelle Ausprägung dieser Energien der resistenten Sektoren verdichtet sich, so *Leonardo Boff*, in Begriffen wie Zivilgesellschaft, Staatsbürgerlichkeit und »selbständige Integration in den Weltmarkt«.⁶

Diese Begriffe verbinden sich in bezug auf Brasilien mit spezifischen Bedeutungen. So gibt es eine *organisierte Zivilgesellschaft*, die sich in Brasilien vielleicht mehr als in anderen Regionen in unzähligen Initiativen, Projekten und Bewegungen (auch mit internationaler Ausstrahlung und Verankerung), in Sektoren der Kirchen (vor allem der katholischen), in Gewerkschaften und Parteien manifestiert. *Staatsbürgerlichkeit* heißt hier guter Informationsfluß, Transparenz der Institutionen, Willensbildung wie Entscheidung in direkter Demokratie. Der große regionale Entwicklungspol ist Rio Grande do Sul. Es gibt noch einen schwächeren, der kleine Staat Acre im Nordosten. Hinsichtlich des Staates Mato Grosso do Sul, im zentralen Westen Brasiliens gelegen, weiß man nicht, obgleich auch dort eine linke Front regiert, ob es sich um einen weiteren Entwick-

6 Es darf gefragt werden, warum *Boff* in dieser Aufzählung Begriffe wie Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus meidet. Der grauenhaften Geschichte wegen, die mit diesen Begriffen verbunden ist? Aber dann müßte er eigentlich auch Begriffe und Worte wie Religion, Gott, Christentum vermeiden. Einen Hinweis auf die Lösung gibt ein Gedanke *Martin Bubers* (deutsch-jüdischer Philosoph und anarchistischer Denker): Das Wort Gott ist das beladenste, beschmutzteste Wort, das die menschliche Sprache kennt. Aber all dieser obszöne Mißbrauch setzt seinen unvergleichlichen Wert voraus. Sonst wäre da nichts, was sich mißbrauchen ließe. Ähnlich sind Probleme und Aufgaben hinsichtlich der genannten Befreiungsprojekte zu stellen.

lungspol handelt. Die linke Basis liefert dort der Regierung einen erbitterten Kampf wegen ihrer Kompromisse mit Latifundium und Kapital, wodurch (bisher) die Agrarreform verschleppt wurde. Empörung hat vor allem hervorgerufen, daß der dortige Gouverneur, »Zeca do PT«, durch familiäre Ämterpatronage ein Juwel der Linken beschädigt hat: die revolutionäre Ethik, die sich bis heute in einem Meer von Korruption und »Vetternwirtschaft« behaupten konnte.

Bleibt noch hinzuweisen auf Lateinamerikas ökonomische Hauptstadt São Paulo. Nach zwei Mitte-Rechts-Regierungen, die schamlos öffentliche Gelder für Gesundheit, Erziehung, Arbeit, Agrarreform, Lebensmittelnothilfe in ihre Taschen umgeleitet haben – mit krimineller Energie und Raffinesse, wie eine parlamentarische Untersuchungskommission 1999 publik machte –, hat die Mehrheit der Menschen dort das perverse Spiel durchschaut und nicht resigniert. In allen Meinungsumfragen zu den Kommunalwahlen (Oktober 2000) lag *Marta Suplicy* von der PT – eine feine brasilianische Dame mit einem, allerdings nur gemäßigt linken Herzen – weit vor allen anderen (einschließlich der schwächeren linken Konkurrenz einer ehemaligen Bürgermeisterin von São Paulo, *Luiza Erundina*). Dennoch liegen Welten zwischen ihr und der früheren Polit-Mafia. *Marta* ist inzwischen gewählt. In ihrem ersten Interview hat sie erklärt, São Paulo sei eine Katastrophe und der Wahlsieg habe ihr eine Bombe in die Hände gelegt. Das heißt, aus Mangel an Finanzmitteln wird sie im ersten Regierungsjahr so gut wie nichts von ihren Programmen verwirklichen können. Und die Opposition, deren Inkompetenz, Gleichgültigkeit und Korruption die Katastrophe geschaffen hat, wird ihr das ebenso unbarmherzig wie unverschämt jedes Mal neu vorhalten. Das haben wir hier in Rio Grande do Sul in den ersten anderthalb Jahren der Volksfront-Regierung erlebt. Jedenfalls hat in den jüngsten Kommunalwahlen die brasilianische Büregerchaft einen »Frühling der direkten Demokratie« ermöglicht, und das ist guter großer Sieg über das von *Marilena Chaui* charakterisierte negative Erbe in der politischen Kultur Brasiliens, und zwar – um noch einen Schritt weiter zu gehen – ein Etappensieg in einer längerfristigen Perspektive. Die Linke hat begonnen, sich auf die Präsidentschaftswahlen in 2002 vorzubereiten.

Zurück zur Konzeption von *Leonardo Boff*, zu seinem Begriff einer sozialen und volksbezogenen Demokratie (*Democracia social e popular*).⁷ Ihre Basis ist die organisierte Zivilgesellschaft. Diese regiert, vermittels einer Demokratisierung des Staates und der Wirtschaft. Sie beginnt notwendigerweise mit einem *Bruch* mit dem bestehenden System.⁸ *Dieser Bruch ist unverzichtbares Fundament des Neuen*, das, so *Boff*, durch die folgenden Verpflichtungen bestimmt ist⁹: Erstens, die *Verpflichtung auf die Souveränität Brasiliens*, das heißt auf das ihm wie jedem anderen Land zukommende Recht der Völker und Staaten, ihren eigenen Entwicklungsweg frei zu wählen und dafür souverän ihre menschlichen, kulturellen und natürlichen Kräfte zu nutzen¹⁰; zweitens, die *Verpflichtung auf Solidarität*, das heißt auf den unmittelbaren Einsatz aller natürlichen, technischen und kulturellen Mittel, um kurzfristig Armut, Ausschließung und Elend vollständig zu beseitigen (nicht bloß zu verringern); drittens,

7 »Volk« hat im lateinamerikanischen Diskurs nicht den negativen Beigeschmack des Reaktionären oder gar Faschistischen wie in Deutschland. Volk ist ein Gegenbegriff zum engeren, dogmatischen Begriff der Klasse, der wohl historisch überholt ist.

8 Bruch und Institutionalisierung eines anderen Systems sind die Schlüsselbegriffe, die die eineinhalbjährige Regierung der *Frente Popular* in Rio Grande do Sul charakterisieren, als Zusammenarbeit der linken Regierung mit der linken organisierten Zivilgesellschaft – vgl. *Leonardo Boff: Que Brasil queremos?*, a. a. O., S. 68.

9 *Boff* folgt hier Gedanken aus Cesar Benjamin et al.: *A opção brasileira* (Die brasilianische Option), Rio de Janeiro 1998.

10 Vgl. Erklärung der Vereinten Nationen über das Recht der Völker auf Entwicklung, Resolution 41/128 vom 4. Dezember 1986, z. B. in nach Internationale Liga für Menschenrechte Berlin (West): *Das Menschenrecht auf Entwicklung und die Verschuldungskrise der »Dritten Welt«*, August 1986.

Es ist vor allem das Menschenrecht auf uneingeschränkte Souveränität über alle ihre natürlichen Reichtümer und Ressourcen, das die USA in Lateinamerika nun schon seit eineinhalb Jahrhunderten mit Füßen treten. Denn die Nutzung der Reichtümer und Ressourcen ist kein Recht der betreffenden Menschen, sondern Eigentum des Kapitalismus der USA. Nutzung durch die Menschen ist Verletzung der Freiheit des Eigentums des nordamerikanischen Kapitals, dem das Eigentums-

recht unendlich höher steht als irgendein Recht.

Irgendwelcher Menschen, die sich anmaßen, Eigentum der Vereinigten Staaten für sich nutzen zu wollen. So simpel und brutal ist die Wirklichkeit selbst. Daher können, in einer kritischen Perspektive, diese Erklärungen und Pakte nicht für bare Münze genommen werden.

11 In meinem Buch »Die Wüste lebt: Jenseits von Kapital und Staat« (November 2000, Verlag der Graswurzelrevolution, Bremen), habe ich »Nachhaltigkeit« sehr skeptisch beurteilt. Aber vielleicht fällt in Brasilien die praktische Probe anders aus als in Deutschland bisher; sie bezöge sich ja auch auf einen anderen Begriff als den, der aus Wuppertal an die Öffentlichkeit drang. Das bleibt zumindest abzuwarten.

12 Cesar Benjamin et al.: *A opção brasileira*, a. a. O., S. 151. Es muß sich noch mehr als bisher praktisch herausstellen, ob das in Rio Grande do Sul in der Erprobung befindliche institutionelle Gefüge von linker organisierter Zivilgesellschaft, direkter Demokratie, demokratischer Kontrolle des Staates und der Wirtschaft ein breit gefächertes wirksames Instrumentarium für die Umsetzung ist.

die *Verpflichtung auf Entwicklung* als optimale Nutzung natürlicher und kultureller Mittel und Kräfte mit Hilfe von Technologien, die ökologisch angepaßt sind an die Natur des Menschen und an diejenige, die ihn umgibt, und vermöge der Kreativität des Volkes und der Fachleute – eine Entwicklung, die mit der Abhängigkeit bricht und Autonomie verschafft; viertens, die *Verpflichtung auf Nachhaltigkeit*¹¹, hier definiert als großzügige Befriedigung individueller und kollektiver Bedürfnisse (statt sich mit dem bloßen Überleben schon zufrieden zu geben), als Solidarität mit den kommenden Generationen und als Respekt vor dem natürlichen und dem kulturellen Erbe; sowie fünftens, die *Verpflichtung auf umfassende und integrierte Demokratisierung* als fortschreitende Steigerung der Partizipation in allen Bereichen des sozialen Zusammenlebens, in der Familie, der Schule, der Fabrik, den sozialen Bewegungen, den Parteien, in den Massenmedien und den staatlichen Institutionen. Sie alle müssen effektiv kontrolliert werden durch die organisierte Zivilgesellschaft und durch das Volk – »Demokratie ist für uns kein leeres Wort, sie ist Methode und Zweck, Form und Inhalt, Prozeß und Projekt«¹².

Der Jurist, Intellektuelle und Politiker Tarso Genro

Unter den brasilianischen Intellektuellen und Politikern der Linken ist *Tarso Genro* einer der aufrichtigsten und kreativsten. Kreativ heißt hier sowohl in der politischen Praxis, wo *Genro* auf jahrelange Erfahrung zurückblicken kann – als stellvertretender und als Bürgermeister von Porto Alegre – wie auch in der theoretischen Reflexion, wo er ein heterodoxer Denker ist – interessant für alle, die sich in der Schnittmenge von Theorie und Praxis bewegen.

Genro unterscheidet im Politikdiskurs der brasilianischen Linken in bezug auf die Frage des Sozialismus und wie dem neoliberalen Kapitalismus zu begegnen sei, zwei traditionelle Konzepte und eine sich von beiden unterscheidende dritte Position. Die traditionalistischen Ansätze sind gut bekannt. Sie gehen davon aus, daß die postmoderne Auffassung, der Sozialismus wäre überholt, eine zeitweilige Verirrung sei. Richtig sei demgegenüber, zum Arbeiterklassenstandpunkt zurückzukehren, das Proletariat zu stärken und im Bündnis mit Teilen anderer Klassen eine »linke Hegemonie« (im Sinne *Gramscis*) zu erreichen, um auf dieser Basis, je nach politischer Situation gewaltsam (die »revolutionäre« Variante) oder friedlich, die Institutionen der bürgerlichen Demokratie nutzend (die reformerische Variante), die Staatsmacht zu erobern und für die Einführung des Sozialismus zu gebrauchen. Die erste »revolutionäre« Variante war bekanntlich die des »Marxismus-Leninismus« oder des »Realsozialismus« (und ähnlich des Maoismus, Castrismus etc.). Ideologisch hat sie sich als Gegner des Kapitalismus gebärdet, praktisch hat sie »unendlich viele« Kompromisse mit dem Kapital gemacht und vor allem sein Modell des Umgangs mit der Natur und seinen Staatsapparat übernommen und noch auf die Spitze getrieben. Beide Seiten, nur mit gegensätzlichen Vorzeichen, waren sich darin einig, daß dieser Apparat »der Sozialismus« war. Die einen wollten ihn so, auch wenn sie noch Vokabeln wie Arbeiterklasse, Eigentum des Volkes etc. gebrauchten. Die anderen wollten ihn weder so noch auch aut-hentisch, das heißt als Rätedemokratie und Selbstverwaltung. Daß

die erste Variante historisch widerlegt und überholt ist, das ist bekannt.

Die zweite »reformistische« Variante war die sozialdemokratische (es heißt hier »war«, weil die heutigen Dritter-Weg-Apostel die Substanz sozialdemokratischer Politik von Beginn an weggeworfen haben; das ist Teil ihrer Identität). Sie war konsequenter als die erste, hat sich relativ rasch zum Kapital und seinem Staat bekannt und seine, wie wir heute wissen: vorübergehende soziale Pufferung als Sozialismus oder soziale Gerechtigkeit ausgegeben. Daß sie historisch überholt ist, das ist noch nicht ganz so bekannt wie im ersteren Falle, spricht sich aber schon herum.

Und dann gibt es seit Neuestem noch ein Phantom, das in den Köpfen so wackerer »Streiter für das Gute« wie *Tony Blair* und *Gerhard Schröder* (ihre Vordenker *Giddens* und *Beck* nicht zu vergessen; von den Grünen reden wir erst gar nicht, das ist besser so) spukt und sich »Dritter Weg« nennt. Es gibt sich »jenseits von Links und Rechts« (*Giddens*), das heißt, jenseits des historischen Sozialismus und des neoliberalen Kapitalismus, oder als »die neue Mitte« (*Schröder*) und vesrteht sich als Alternative zu den beiden ersten »sozialistischen« Varianten. Die Ideologie dieses Weges verbindet, so *Tarso Genro*, moderate Kritik am Neoliberalismus, Anerkennung der sozialen Probleme, die er schafft, mit etwas »aufgeweichter« neoliberaler Praxis. Das sind »des Kaisers neue Kleider«. Im Verhältnis zum neoliberalen Kapitalismus wird hier überhaupt kein anderer Weg sichtbar, sondern ein Sich-Anschließen an ihn mit sozialen und populistischen Phrasen.

Der Bilanz von *Tarso Genro* entspricht eine politische Konzeption, die er in den letzten Jahren in einer Reihe von Büchern und Essays entwickelt und zur Diskussion gestellt hat.¹³ *Genros* Konzeption kann als unabhängig links, radikaldemokratisch und kreativ bezeichnet werden. Sie wird im folgenden knapp skizziert.

Der Kapitalismus existiert weiter und schafft unerträgliche Probleme. Demgegenüber ist der »Dritte Weg« – etwas verkürzt – ein Betrug. Die traditionelle reformistische oder »revolutionäre« Politik kann nicht wiederholt werden. Aus diesen Voraussetzungen ergibt sich die Notwendigkeit eines neuen sozialistischen Projekts.

Der »Dritte Weg« modifiziert die neoliberale Politik, aber er stimmt mit ihrem Kern überein: die »Marktkräfte« stärken, den Staat reduzieren, ihn aber als Sicherheitsstaat ausbauen, alle Probleme von der Zivilgesellschaft lösen lassen, allen gerecht werden. *Genro* bemerkt hierzu knapp: »die Sozialdemokratie war ein reformistisches Projekt der Verlierer« – und nicht gleichzeitig eines der Sieger. Damit habe der »3. Weg« mit der Substanz sozialdemokratischer Politik gebrochen.

Zu diesem Bruch gehöre auch, die soziale Verantwortung auf private Netze zu verschieben und die Ausschließung als »unvermeidlich« hinzunehmen. Damit reagiere dieser »Weg« *versöhnlich* auf den Neoliberalismus.

Das Scheitern des anderen traditionellen Projekts »Realsozialismus« beruhte nach *Genro* nicht auf dem praktischen Abweichen von der richtigen theoretischen Linie, sondern »auf seiner geschichtlichen Unfähigkeit, dem Kapitalismus sowohl auf dem ökonomischen

13 Vgl. *Tarso Genro*: Para um novo projeto socialista (Für ein neues sozialistisches Projekt), in: Folha de São Paulo, vom 13. April 1997; Ders.: Vanguarda de uma nova cidadania (Avantgarde einer neuen »Staatsbürgerlichkeit«), in: Folha de São Paulo, vom 24. August 1997; die Broschüre »Esquerda e »a 3. Via: um dilema teórico e político em curso« (Die Linke und »der 3. Weg«: ein verbreitetes theoretisches und politisches Dilemma), herausgegeben von der Kleinbauern- und Landarbeiterföderation Brasiliens, CONTAG; *Tarso Genro/Ubiratan de Souza*: Orçamento Participativo (Partizipative Haushaltspolitik), São Paulo 1997.

14 Mit einem kleinen Seitenhieb auf *Jürgen Habermas* und seine Scholaren (den sie sich wirklich redlich verdient haben in den letzten zwanzig Jahren) hat *Tarso* am 11. September 2000 in einem Vortrag in der UNISINOS gesagt, er habe von *Habermas* einiges gelernt, aber eine normative Demokratietheorie sei praktisch wenig hilfreich, weil sie den Gedanken nicht entwickle aus einer kritischen Realanalyse von sozialen Kräften, die Demokratie verwirklichen wollen und können oder eben auch nicht. Der junge *Marx*, als er gerade begann, Hegels Dialektik des Weltgeistes in die der konkreten Kämpfe für wirkliche Freiheit zu transformieren, hat damals etwa formuliert: ›und so kam ich dazu, die Idee in der Wirklichkeit zu suchen‹. *Habermas* hat das vergessen (wollen) zugunsten seines spleens für formale Ethik im Rahmen des Kapitalismus und seiner »Systemimperative«. *Tarso Genro* hat sich seine Marxkenntnisse bewahrt für den Augenblick ihrer Reaktualisierung, und das heißt, inzwischen, für Hier und Heute. Es gilt heute, nach all den Erfahrungen in der ›Moderne‹, *Engels'* Gedanken und Buchtitel umzudrehen, das heißt, jetzt von der, problematischen, Wissenschaft – und der, problematischen, gewordenen Praxis – weg hin zur Utopie zu gehen; zur Utopie als Zusammenhang von konkreten und möglichen Utopien. Daß das, umgekehrt, nicht ohne Wissenschaft abgeht, ist klar. *Genros* Gedanke kann in Europa, in Deutschland aufgenommen werden im Blick auf die wahrhaft authentische dritte große Strömung moderner Befreiungsbewegungen: verschiedene

wie auf dem politischen Terrain wirksam entgegenzutreten.« Konsequenz dieser Beurteilung ist die Forderung, »den Sozialismus neu zu schaffen als ein ökonomisches Projekt, das soziale Gleichheit hervorbringt und die Errungenschaften des politischen Liberalismus integriert: die Permanenz der demokratischen Öffentlichkeit; die Anerkennung des Rechts auf politische Dissidenz auch innerhalb des sozialistischen Projekts; die Trennung des Staates von den Parteien als unwiderrufliche Grundlage eines demokratischen und sozialistischen Rechtsstaates; die Regelung der Rotation hinsichtlich der politischen Machtpositionen durch Verfassungsrecht und der Respekt vor dem Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz.«¹⁴

Bedingung einer solchen Neuschöpfung sei es, die Beschwörung des Proletariats als revolutionäres Subjekt in Resten der traditionellen Linken hinter sich zu lassen. Die kapitalistische Form des technologischen Wandels führe zu einem sozialen Strukturwandel, der sich im Nebeneinander zweier »verschiedener Arbeiterklassen« und in wachsender Marginalisierung und Ausschließung niederschlage – die alte Arbeiterklasse, die ihr politisches Profil schon verloren hat und täglich abnimmt, und daher nicht mehr Trägerin notwendiger Veränderungen sein kann und neue Gruppen in abhängiger Arbeit, die sich von der alten Arbeiterklasse unterscheiden und von ihrer reichen Tradition abgeschnitten sind. Ihre Tätigkeiten sind von der traditionellen Produktionsweise von Waren weit entfernt. Sie haben andere Erfahrungen und ihre eigenen Denk- und Sprechweisen, Probleme, Vergnügen und Lebensstile. Zu diesen Gruppen gehören sowohl hochqualifizierte gut bezahlte Kräfte, die *Genro* die »neue Arbeiterklasse« nennt, wie auf der anderen Seite die in flexiblen, prekären Beschäftigungsverhältnissen, schlecht bezahlt und ohne soziale Sicherungen. Beide Gruppen haben »keinerlei Bindungen an die reformistische, radikale oder revolutionäre Vergangenheit der traditionellen Arbeiterklasse«.

Damit ist die Frage gestellt, ob aus diesen heterogenen und in sich fraktionierten Gruppen das Subjekt einer sozialistischen Transformation entstehen kann. *Genros* Perspektive ist, daß die prekär Beschäftigten, die sich selbst Ausbeutenden, die Langzeitarbeitslosen und die Ausgeschlossenen zusammen mit der neuen Arbeiterklasse das neue Subjekt konstituieren.

Diese Perspektive sieht *Genro* natürlich mit Schwierigkeiten konfrontiert. Da wären *erstens* die alten Dogmen der *traditionellen Linken*. Ihr galt das Kapital als ein »natürlicher Verbündeter«, der das revolutionäre Subjekt produziere, das große, militante und homogene Proletariat, das von der ›Avantgarde‹ bloß noch artikuliert zu werden brauche. Sie unterlag einem technokratischen Ökonomismus, den *Lenin* in die berühmte Formel kleidete ›Sozialismus ist Elektrifizierung plus Sowjetmacht‹, die nie als Föderation autonomer Räte gedacht war, sondern schon bei *Lenin* als Partei- und Staatsdiktatur verstanden wurde.

Zweitens gibt es neue Dogmen (oder besser Illusionen) des »3. Weges«. Von der traditionellen Sozialdemokratie spricht *Genro* nicht, weil sie in Brasilien (und in ganz Lateinamerika) nie eine besondere Rolle gespielt hat und über die Illusionen des »3. Weges« auch ideologisch abgewehrt wird.

Drittens werfen die unterschiedlichen Berufs- und Tätigkeitsprofile, sozialen Stellungen und Lebensstile der verschiedenen nicht besitzenden Klassen, abhängig vom technologischen Wandel und demjenigen der Produktionsverhältnisse, und die Situation der Randständigen und der Ausgeschlossenen die Frage auf, wie sie alle in einem Bündnis für gemeinsame Ziele hinsichtlich eines sozialistischen Strukturwandels zusammengebracht werden können. Die »Logik der Ökonomie«, so zitiert *Genro Zygmundt Bauman*, »kann nicht mehr als ein Verbündeter angesehen werden« für den Sozialismus, sondern muß heute überwiegend begriffen werden als eine Brutstätte der Barbarei, wie das in ihrer Zeit Rosa Luxemburg gesagt hatte.¹⁵

Genro schlußfolgert aus der Analyse der Probleme, daß die Basis der Linken heute breiter sei, aber sie sei schwerer zu organisieren als in der Vergangenheit. Ein sozialistisches Programm müsse »neue« Ziele integrieren – die Befreiung der Frau; den Schutz der Naturbasis des Menschen; langfristig mögliche Entwicklung ohne Schäden; Pazifismus in den internationalen Beziehungen; Öffentliche Kontrolle der Medien und gesichertes Recht auf Information und Bildung für alle. Ein *strategisches* Ziel sei die Stärkung der Entwicklungs- und sozialen Kompetenz des Staates bei gleichzeitiger radikaler Demokratisierung und Entbürokratisierung der staatlichen Apparate sowie ihrer wirksamen sozialen Kontrolle durch die organisierte und mündige Zivilgesellschaft (»mündig« heißt auch aufgeklärt und wetterfest gegenüber Kapitalakkumulation, Charaktermasken und Folgen für Mensch und Natur). Dazu kommt die Abschaffung der institutionalisierten Gewalttätigkeit der staatlichen »Sicherheitsorgane«.¹⁶

Eine wichtige Sofortmaßnahme einer sozialistischen Regierung wäre insbesondere der *Bruch* mit der ökonomischen Abhängigkeit als Bruch mit der Standortkonkurrenz, mit dem internationalen Spekulationskapital und dem Internationalen Währungsfonds; ein Bruch freilich, der nur in Schritten realisiert werden kann; aber er muß sofort beginnen, sonst wäre er kein Bruch.¹⁷ Ferner ginge es um die *rasche Abschaffung* von Elend und Armut durch eine Umstrukturierung der Wirtschaft und wirtschaftliche Binnenentwicklung¹⁸ und um die Schaffung eines *demokratisierten und gesellschaftlich kontrollierten Staates* sowie der hier als kritisch, organisiert und links begriffenen Zivilgesellschaft. Dies wären die Institutionen zur Realisierung des sozialistischen Projekts. Der Staat wäre zu stärken hinsichtlich seiner entwicklungspolitischen Kompetenz im Auftrag der Zivilgesellschaft, nicht abgelöst von ihr oder gegen sie. Aber er wäre radikal zu demokratisieren durch ständig sich erweiternde Teilnahme der Bürgerschaft – die sich auf diese Weise praktisch qualifiziert, Erfahrung und Kompetenz erwirbt – in den Informations-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen der Direkten Demokratie. Die Zivilgesellschaft müßte ein System öffentlicher Kontrolle über den Staat sein und Bürokratie abbauen. Die Rotation (die die deutschen Grünen viel zu rasch, inmitten der Übergangsschwierigkeiten fallen gelassen haben) gilt hierfür als ein wichtiges Instrument.

Eine erneuerte sozialistische Partei kann nicht mehr, wie in den traditionellen Modellen, den Anspruch der Avantgarde erheben. *Die Avantgarde sind die »Arbeiterklassen« in der Zivilgesellschaft selbst.* Eine sozialistische Partei soll zwei neue Aufgaben erfüllen:

Spielarten des Anarchismus, unter ihnen insbesondere des Anarcho-Kommunismus, weil der die Ideen der Freiheit und der Gerechtigkeit miteinander verbindet.

15 Ich denke, daß diese Logik *nie* ein Verbündeter der Linken war. Das habe ich von *Walter Benjamin* und von *Theodor W. Adorno* in den sechziger Jahren in Frankfurt/M. gelernt. Diese Idee, die Teil der Marxschen Geschichtsphilosophie ist, ist falsch. Ist es so, dann muß – und kann – *Marx* von links transformiert werden, statt ihn – von einer davon rechts angesiedelten Position her – zu verwerfen.

16 *Olivio Dutra* hat das gleich in den ersten Monaten seiner Amtszeit als Gouverneur von Rio Grande do Sul versucht gegen den erbitterten Widerstand des Generalkommandeurs der *Brigada Militar* (Truppe für »Innere Sicherheit«), ihrer Kameradschaftsbünde und der Medien – zunächst ohne Erfolg. Inzwischen ist der General zurückgetreten. Der neue Kommandeur steht den sozialistischen Vorstellungen des Ministers für Justiz und Sicherheit nahe.

17 Es geht also um eine wirkliche Zäsur, anders als der »Ausstieg« der regierenden Sozialdemokraten und Grünen in der BRD aus der Atomwirtschaft.

18 Dem entsprechen die in Rio Grande do Sul angelauten Strukturpolitiken und -maßnahmen: Förderung von Klein- und Kleinstunternehmen; Genossenschaften der verschiedensten Art; arbeitsintensiven Unternehmen; Unternehmen, die sozial und ökologisch erwünschte Güter und Dienste herstellen bzw. anbieten usw.

diese Avantgarde und die Zivilgesellschaft insgesamt anzuregen und zu unterstützen und kritische Instanz gegenüber jeder Regierung zu bleiben – eine Idee, die auch der von Militärs im Dienste der USA ermordete Rektor der katholischen Universität von El Salvador, *Ignácio Ellacuria, S.J.*, entwickelt hatte. Die Bewegung, nachdem sie gesiegt hat, verschwindet nicht in Regierung und Staatsapparat, sondern, bleibt eine kritische Instanz außerhalb, auch gegenüber der »eigenen« Regierung. Auch das gibt es in Rio Grande do Sul in der Praxis.

Alle diese Reflexionen können verstanden werden als Versuch, die heutige Bedeutung des – eingangs bereits angeführten – Marxschen Diktums zum Verhältnis von Denken und Praxis zu klären. Wer könnte also das neue Subjekt sein und wie wäre seine Strategie? Das ist die entscheidende, noch zu beantwortende Frage – durch Praxis, durch Vorandenken über Praxis und durch Vorandenken der Praxis über sich selbst.

Die soziale Abwicklung der
Ost-Intellektuellen
war erfolgreich, die
intellektuelle war es nicht:

Das Blättchen

Zweiwochenschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft

Kostenloses Probeheft:

Verlag des Blättchens

Schönhauser Allee 84

D-10439 Berlin-Prenzl.-Berg

Telefon: 030 447 60 65

Fax: 030 44 73 06 83

Das.Blaettchen@t-online.de

www.DasBlaettchen.de

Als e-Book: www.dibi.de